

4. August 2008, 04:00 Uhr

VON KATRIN SCHOELKOPF

Tempelhof: Verkauf des Flughafens verzögert sich

Berlin will den Bund über die Schließung am 30. Oktober hinaus an den Kosten beteiligen

Berlin - Der Erwerb der bundeseigenen Anteile am Flughafen Tempelhof durch das Land Berlin verzögert sich und wird nicht vor der Schließung des City-Airports am 30. Oktober dieses Jahres über die Bühne gehen.

Ursprünglich, so hatte es zumindest vonseiten des Bundes geheißt, werde eine Einigung vor dem 30. Oktober angestrebt. Da dieses Ziel nicht gehalten werden kann, bleibt der Bund - neben Berlin - in der Pflicht, gemäß seiner Eigentumsanteile für die Betriebskosten aufzukommen. Denn mit der Schließung am 30. Oktober ist die Berliner Flughafengesellschaft nicht mehr für den Betrieb und damit die Kosten zuständig, fallen Gebäude und Fläche an ihre Eigentümer Berlin und Bund zurück.

Zur Erinnerung: Im Zuge der Verhandlungen über die Hauptstadtfinanzierung hatte der Bund im November 2007 zur Bedingung gemacht, dass Berlin den Flughafen in Gänze übernimmt. Denn Berlin hatte sich geweigert, den Flugbetrieb in Tempelhof bis 2011 weiterzuführen und damit nach Ansicht des Bundes die Vermarktungschancen geschmälert. Über ein Gutachten sollte der Verkehrswert als Grundlage für die Kaufpreisverhandlungen angefertigt werden. Doch Berlin ließ sich mit der Beauftragung des Gutachterausschusses Zeit. Vonseiten des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD) heißt es nun, "da der Verhandlungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, wird die Immobilie nach Einstellung des Flugbetriebes zunächst bis auf Weiteres in der Verantwortung beider Eigentümer betrieben werden".

Das dürfte dem Finanzsenator entgegenkommen, denn solange der Kauf nicht unter Dach und Fach ist, muss das Land Berlin Sarrazin zufolge nur eine statt insgesamt fünf Millionen Euro an Betriebskosten pro Jahr zahlen. Intern wird bereits gemutmaßt, der Finanzsenator verzögere bewusst die Verhandlungen, um den Bund weiterhin an den Betriebskosten zu beteiligen. Fachleuten jedenfalls ist es völlig unverständlich, warum der Finanzsenator den Gutachterausschuss erst Ende April mit der Ermittlung des Verkehrswertes beauftragte, obwohl dies eigentlich bis Ende März passieren sollte. Ebenso erstaunlich sei es, dass der Gutachterausschuss erst Mitte Juli zum ersten Mal das Flughafengelände besuchte. Solange aber Gebäude und Flächen nicht im Eigentum des Landes Berlin sind, kann Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) zwar schöne Ideen für das Areal entwickelt, aber Nägel mit Köpfen - wie zum Beispiel ein Interessenbekundungsverfahren für potenzielle Investoren - kann sie nicht machen.

Überdies gibt es nach Informationen dieser Zeitung zwischen dem Senat und der Flughafengesellschaft offenbar noch Streit über die Beseitigung von Altlasten.